

# **Kommunalwahl 2021 in Darmstadt**

## **Unser Masterplan heißt Sozialismus**

Im März 2021 stehen die nächsten Kommunalwahlen an. Die DKP tritt bei dieser Wahl in Darmstadt nicht eigenständig an. Unsere Mitglieder kandidieren auf der Liste der Partei Die LINKE. Unsere erfolgreiche Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene wird fortgesetzt. Es gibt in vielen zentralen Bereichen hohe Übereinstimmung. Allerdings gibt es auch weitergehende Forderungen der Darmstädter Kommunistinnen und Kommunisten.

Das grün-schwarze Regierungsbündnis hat im Frühsommer einen **Masterplan DA 2030+** vorgestellt und in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht. Er hat bei vielen Bürgerinnen und Bürgern für viel Aufregung gesorgt. Zeigt er doch wie man sich die Zukunft der Stadt vorstellt. Darmstadt soll klug wachsen. Wissenschaft, Wirtschaft und Technologie soll gestärkt werden. Ressourcen und Flächen sollen verantwortungsvoll genutzt, Quartiere gesichert, Lebensqualität und Teilhabe gesichert werden.

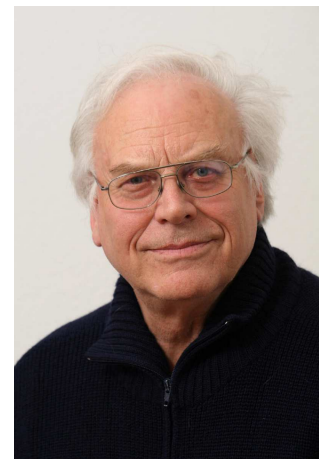
Der **Masterplan 2030+** ist ein Papier der ungebremsten Wachstumsideologie. Schlagworte wie „proaktive Steuerung des Wachstums“ sind Nebelkerzen. Man will aus dem Konkurrenzkampf mit vergleichbaren Städte und Kommunen erfolgreich hervorgehen ohne Rücksicht auf die kleineren Städte und Kommunen um Darmstadt herum.

Das Votum der Darmstädter Stadtregierung für das Verschieben der Abflugroute „Amtix“ vom Airport Frankfurt nach Norden zu Lasten der kleineren Gemeinden zeigt die Unfähigkeit sich für ein übergreifendes Verkehrskonzept einzusetzen.

Gesellschaftliche Rahmenbedingungen, Eigentumsverhältnisse und soziale Probleme und Risiken werden bewusst ausgeblendet. Kommunalpolitik kann eben nicht isoliert betrachtet werden, sie hängt eng zusammen mit den Entwicklungen im Kapitalismus und seiner anarchischen Produktionsweise.

Der Weg, der mit dem **Masterplan 2030+** eingeschlagen wird führt in die Irre, er löst keine Probleme, sondern verschärft sie.

Wir brauchen keine konkurrierenden Kommunen und Städte, die sich wegen der ungenügenden Kommunalfinanzpolitik gegenseitig bekriegen - sondern eine gesamtgesellschaftliche Planung. Nur so können Probleme z.B. in der Umwelt- und Verkehrspolitik gelöst werden.



**Werner Krone**

Platz 6 auf der Liste der Partei Die LINKE

# Daseinsvorsorge und Gesundheit



**Rainer Keil**

Platz 12 auf der Liste  
der Partei Die LINKE

**Darmstadt ist ein Musterbeispiel für „Privatisierung light“ – wichtige Teile der Daseinsvorsorge wurden schon vor Jahren in Aktiengesellschaften oder wie das jüngste Beispiel der Städtischen Kliniken in GmbHs umgewandelt. Bei Beibehaltung des Mehrheitseigentums durch Kommunen. Das ist aber nicht weniger bedenklich als das vollständige Verschern von kommunalem Eigentum an Privatunternehmen.**

Hört sich harmlos an, bleibt ja alles noch irgendwie öffentlich. Ja, es ist besser als die komplette Privatisierung und trotzdem führt es zu Entdemokratisierung und weniger öffentlicher Kontrolle. Oftmals spielt hier auch der Filz eine große Rolle, da geht es um Posten in Aufsichtsräten, um Vorstands- und Geschäftsführerposten. Hier wird gemauschelt und geschoben.

Für Aktiengesellschaften gilt das Aktiengesetz. Dabei ist es unerheblich, ob sie in öffentlichem Eigentum sind oder nicht. Kommunen, die öffentliche Aufgaben in die Hand einer AG legen, geben demokratischen Einfluss auf. Während in kommunalen GmbHs und Eigenbetrieben noch eine Reihe von Weisungs- und Informationsrechten für die Stadtverordnetenversammlung bestehen, sind Aktiengesellschaften nahezu vollkommen „verselbstständigt“. Und das ist in vielen Fällen durchaus erwünscht. Dass dabei demokratische Einflussmöglichkeiten aufgegeben werden, stört den neoliberalen Traum vom marktorientierten „Stadtkonzern“ nicht.



**Dagmar Kern**

Platz 27 auf der Liste  
der Partei Die LINKE

## Die DKP fordert:

- ★ Betriebe der öffentlichen Daseinsvorsorge, z.B. Öffentlicher Personennahverkehr, Wohnungsgesellschaften, Telefonnetze, Strom- und Gasversorger, müssen in öffentliche Hand.
- ★ Sicherstellung einer Krankenhauslandschaft unter kommunalem Einfluss.
- ★ Die Gesundheitsversorgung muss der Kapitalverwertung entzogen werden. Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen gehören in öffentliches Eigentum. Gesundheit darf keine Ware sein! Dazu gehört zwingend die Abschaffung der Fallpauschalen.
- ★ Die Arbeitsbedingungen in den Gesundheitseinrichtungen müssen im Sinne bedarfsgerechter Versorgung und guter Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten verbindlich geregelt werden. Dazu gehört eine gesetzliche Personalbemessung, wie sie von der Gewerkschaft ver.di gefordert wird.



**Erika Rieger**

Platz 30 auf der Liste  
der Partei Die LINKE

**Mehr Informationen und  
Positionen  
zur Kommunalwahl gibt  
es unter  
[www.dkp-darmstadt.de](http://www.dkp-darmstadt.de)**

## DKP Darmstadt-Dieburg

Landgraf-Philipps-Anlage 32, 64283 Darmstadt  
Telefon: 06151-788407  
E-Mail: [info@dkp-darmstadt.de](mailto:info@dkp-darmstadt.de)  
Internet: [www.dkp-darmstadt.de](http://www.dkp-darmstadt.de)



### Interesse an weiteren Infos?

Über eine DKP-Gruppe in der Nähe?  
Das Programm der DKP? Mitglied der DKP werden?

**Anrufen, E-Mail schreiben – wir melden uns umgehend.**